



# Lagebericht zum Jahresabschluss

31. Dezember 2014





# Inhaltsverzeichnis

I	ALLGEMEINE HINWEISE, RECHTSGRUNDLAGEN	3
A	Allgemeine Hinweise und Rechtsgrundlagen	3
II	KURZFASSUNG FÜR EILIGE LESERINNEN	5
III	ALLGEMEINE LAGE DER HANSESTADT	6
A	Rahmenbedingungen und Organisation der Verwaltung	6
B	Gemeindefläche	6
C	Konjunkturpolitik	6
D	Steuerpolitik	6
E	Gemeindespezifische Wettbewerbsverhältnisse	6
F	Einwohnerzahl, Haushalte, Altersstruktur	7
G	Nachfrage nach kommunalen Leistungen	7
H	Kostenentwicklung	7
I	34. Internationaler Hansetag	7
IV	VERMÖGENS-, SCHULDEN- UND FINANZLAGE DER HANSESTADT	9
1	Vermögens- und Schuldenlage	9
A	Bilanz 2014	9
B	Eigenkapitalquote I	9
C	Eigenkapitalquote II	9
D	Pro-Kopf-Verschuldung	10
E	Infrastrukturquote	10
2	Finanzlage	13
3	Gesamteinschätzung zur Vermögens- und Finanzlage	14
V	ERTRAGSLAGE DER HANSESTADT	15
A	Ergebnisrechnung zum 31.12.2014	15
B	Gesamteinschätzung zur Ertragslage	20
VI	VORGÄNGE VON BESONDERER BEDEUTUNG	21
A	Doppik-Einführung	21
B	Konsolidierungsfonds	21
C	Wachsender Zustrom von Flüchtlingen aus Krisenregionen	21
VII	CHANCEN, RISIKEN UND PROGNOSEN	22
A	Konsolidierung des städtischen Haushalts	22
B	weitere Einflussfaktoren von außen	22
C	Konsolidierungsfonds	22
D	Wohnungsbau und Gewerbeflächen	22
E	Tourismus	22
F	Zinsänderungsrisiko	23
G	Risiko der Fehlbewertung von Pensionsrückstellungen	23
H	Prognosen	24
	Zusammenfassende Einschätzung	25
VIII	ANLAGEN	26
A	Investitionsmaßnahmen	26



# I Allgemeine Hinweise, Rechtsgrundlagen

## A Allgemeine Hinweise und Rechtsgrundlagen

Mit dem Jahresabschluss und dem Lagebericht zum 31.12.2014 legt die Hansestadt Lübeck den nächsten Jahresabschluss entsprechend der Regelungen nach § 95 m Abs. 1 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) bzw. nach den Regeln der Doppik vor. Nach § 95 m Abs. 2 GO war dieser bis zum 31.3.2015 aufzustellen. Das Problem gravierender Verzögerungen bei der Vorlage der ersten Jahresabschlüsse nach der Umstellung auf die Doppik ist inzwischen allgemein anerkannt.

Das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein vermittelt den Kommunen inzwischen regelmäßig, dass zukünftig die Genehmigungen der Haushaltssatzungen von der frühzeitigeren Vorlage oder zumindest der Benennung verbindlicher Vorlagetermine von überfälligen Jahresabschlüssen abhängig sind. Dazu wurde zuletzt am 24.11.2016 von der Bürgerschaft der folgende Zeitplan zur Kenntnis genommen:

### Zeitplan zur Vorlage von Jahresabschlüssen der Hansestadt Lübeck (JA):

JA	Urspr. Termin	Aktual. Termin	Status
2011	15.05.2015	15.05.2015	erreicht
2012	13.05.2016	31.03.2016	vorfristig erreicht
2013	04.11.2016	15.09.2016	vorfristig erreicht
2014	19.05.2017	31.03.2017	vorfristig erreicht
2015	17.11.2017	30.09.2017	Bearbeitungszeit: 6 Monate
2016	25.05.2018	31.03.2018	Bearbeitungszeit: 6 Monate
2017	23.11.2018	30.09.2018	Bearbeitungszeit: 6 Monate
2018	30.04.2019	30.04.2019	Bearbeitungszeit: 4 Monate
2019	31.03.2020	31.03.2020	Geplante fristgemäße Erstellung

Festzustellen ist, dass der Zeitplan bisher eingehalten oder unterschritten wurde.

Zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Jahresabschlusses 2014 mit dem Lagebericht war die Prüfung des Jahresabschlusses 2011 durch das städtische Rechnungsprüfungsamt noch nicht abgeschlossen. Nach § 56 GemHVO-



Doppik können bestimmte Änderungen an der Eröffnungsbilanz zum 1.1.2010 in den fünf darauf folgenden Jahresabschlüssen – letztmalig mit nun diesem Abschluss – ergebnisneutral berücksichtigt werden. Insofern unterliegen Aussagen im Lagebericht, die auf Jahresabschluss-Angaben mit Bezug zur Eröffnungsbilanz oder zum Vorjahresabschluss basieren, ebenfalls und letztmalig einer Korrektoreventualität.

Als finaler Meilenstein des Umstellungsprozesses auf die Doppik ist der erste Gesamtabschluss 2019 (Konzern-Jahresabschluss) nach § 53 GemHVO-Doppik im Jahre 2020 vorgesehen. Die Vorlage dieses Konzernabschlusses ist geplant, nachdem der erste Jahresabschluss im zeitlich zulässigen Rahmen bis zum März des Folgejahres erstellt worden ist.

Zum Jahresabschluss der Hansestadt Lübeck 2014: Nach § 52 GemHVO-Doppik ist der Lagebericht so zu fassen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde vermittelt wird. Dazu ist ein Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr zu geben. Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher, die nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, ist zu berichten. Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde zu enthalten. Auch ist auf die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde einzugehen; zu Grunde liegende Annahmen sind anzugeben.

Der Lagebericht ist somit ein weiteres Instrument zur Darstellung der wirtschaftlichen Situation neben dem Jahresabschluss als dem eigentlichen Zahlenwerk, das insbesondere auch die zeitliche Lücke zwischen dem Bilanzstichtag und dem Zeitpunkt der Erstellung schließen soll.

Sollten nicht ausdrücklich Angaben zur Maßeinheit dem Kontext zu entnehmen sein, ist von Beträgen in Euro auszugehen. Beträge sind einzeln gerundet. Summen wurden nicht aufgrund von Rundungen angepasst.



## II Kurzfassung für eilige LeserInnen

Vorab sei auf wenige markante Daten zum Jahresabschluss hingewiesen, ohne auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Einzelnen einzugehen. Diesbezüglich sei auf die entsprechenden Erläuterungen im weiteren Teil des Lageberichts und auf den Jahresabschluss verwiesen:

- Die Hansestadt ist weiterhin zunehmend bilanziell überschuldet. Die Höhe der Überschuldung ist auf 95,8 Mio. € (Vorjahr: 95,7 Mio. €) weiter gestiegen.
- Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts wurden im Jahre 2014 fortgesetzt. Im Haushaltsjahr 2014 entstand ein Jahresfehlbetrag von ca. 0,2 Mio. €; das Jahr konnte damit wiederum deutlich besser als erwartet abgeschlossen werden. Der ursprüngliche Fehlbetrag betrug auf Grundlage der Ausgangsplanung 83,8 Mio. €.
- Das Finanzergebnis sank auf -21,3 Mio. € (Vorjahr: -21,8 Mio. €) und führt zum Jahresfehlbetrag. Es spiegelt die weiterhin erhebliche Verschuldung der Hansestadt wider. Aufgrund des niedrigen Marktzinses konnten trotz steigender Verbindlichkeiten weiter sinkende Zinsaufwendungen erreicht werden.
- Bei gleichen Tilgungsleistungen und Krediteuaufnahmen werden die Schulden nicht in absehbarer Zeit wesentlich reduziert werden können.
- Die Hansestadt konnte zu jedem Zeitpunkt im Jahre 2014 ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen.
- Die Abschreibungen für Anlagevermögen betragen im Geschäftsjahr 2014 insgesamt 36,9 Mio. € (Vorjahr: 38,3 Mio. €). Dem stehen Auszahlungen für Investitionen in Höhe von 47,4 Mio. € (Vorjahr: 64,5 Mio. €) gegenüber.

## III Allgemeine Lage der Hansestadt

### A Rahmenbedingungen und Organisation der Verwaltung

Die Hansestadt Lübeck ist eine kreisfreie Gebietskörperschaft; damit obliegen ihr kommunale und kreisbezogene Aufgaben. Lübeck gehört als zweitgrößte Stadt zu den vier Oberzentren des Bundeslandes Schleswig-Holstein. Das Stadtgebiet ist in 10 Stadtteile mit 35 Stadtbezirken gegliedert.

An der Spitze der Verwaltung steht seit 01.05.2000 Bürgermeister Bernd Saxe. Die Verwaltung ist in fünf Fachbereiche gegliedert (Bürgermeister; Wirtschaft und Soziales; Umwelt, Sicherheit und Ordnung; Kultur und Bildung; Planen und Bauen). In dieser Kernverwaltung sind 3.069 MitarbeiterInnen (Vorjahr 3.368) beschäftigt.

Die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck ist das oberste willensbildende Organ und verfügt über 49 Sitze. Der Vorsitz obliegt in der Wahlperiode 2013-2018 der Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer.

### B Gemeindefläche

Die Stadtgebietsfläche umfasst ca. 21.400 ha. Die Ausdehnung des Stadtgebietes beträgt von Nordost nach Südwest ca. 29,5 km, von Nordwest nach Südost ca. 15,5 km. Der Umfang des Stadtgebietes beträgt 120 km.

### C Konjunkturpolitik

Der örtliche Arbeitsmarkt hat sich weiter als robust erwiesen. Die Zahl der Erwerbslosen ist auf 9,6 % gesunken bei gleichzeitig deutlichem Anstieg der Beschäftigtenzahlen. Der Hafen hat weiter mit den Folgen der Weltfinanzkrise zu kämpfen. Der Umschlag mit 26,0 Mio. Tonnen bewegt sich auf Vorjahresniveau.

Mit der Eröffnung des IKEA und Luv-Centers wurde der Wirtschaftsstandort Lübeck weiter gestärkt.

Erfreulich entwickelte sich weiter der Tourismus. Auch im Jahr 2014 stieg die Zahl der Übernachtungen weiter an und erreicht den neuen Rekordwert von 1,46 Mio. Übernachtungen (Vorjahr 1,36 Millionen). Dazu dürfte nicht unwesentlich der erfolgreich verlaufene 34. Hansestag der Neuzeit in Lübeck beigetragen haben.

### D Steuerpolitik

Der Hebesatz der Grundsteuer B wurde zum 01.01.2011 auf 500 % erhöht, ebenso wurde der Hebesatz für die Grundsteuer A auf 400 % angehoben. Beide Hebesätze blieben im Jahr 2014 unverändert. Auch der Gewerbesteuerhebesatz bleibt unverändert bei 430 %. Im November 2014 hat die Bürgerschaft die Aufhebung der Übernachtungssteuer beschließen müssen, die nach Änderung des Kommunalabgabengesetzes zum 01.01.2012 in Kraft trat.

### E Gemeindegenspezifische Wettbewerbsverhältnisse

Die Hansestadt Lübeck steht im Wettbewerb mit den Umlandgemeinden bei der Ansiedlung von Familien und Unternehmen. Um den Zuzug von Familien nach Lübeck zu ermöglichen oder eine Abwanderung zu verhindern, ist es erforderlich, ausreichend Wohnbauland vorzuhalten und gegebenenfalls neu auszuweisen, damit die Nachfrage in Lübeck bedient werden kann und nicht im Umland.



Genauso gilt es im Bereich der Wirtschaftsförderung, genügend Gewerbeflächen für Neuansiedlungen und für die Bestandssicherung von Unternehmen in Lübeck vorzuhalten. Insbesondere in Richtung Mecklenburg-Vorpommern führt aber die weiterhin bestehende Ungleichheit bei der Höhe der zulässigen Förderquoten nach wie vor dazu, dass Unternehmen dorthin abwandern. Hinzu kommen naturgemäß geringere Gewerbesteuerhebesätze in den Umlandgemeinden, die zusätzlich zu einer Verschärfung des Standortwettbewerbs für Lübeck führen.

Die Güte der sozialen und kulturellen Infrastruktur ist ein wichtiger Standortfaktor im Wettbewerb der Städte und Regionen. Mit der Lübecker Altstadt als UNESCO-Weltkulturerbe, der vielfältigen Kulturangebote mit Museen, Bibliotheken und Theater hat sich Lübeck das Profil als Kulturhauptstadt des Nordens erarbeitet. Hinzu kommt die nachweisbar hohe Lebensqualität mit dem Ostseeheilbad Travemünde und der malerischen Altstadt.

Die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur als ein weiterer wichtiger Standortfaktor ist seit Jahren ein wichtiger Investitionsschwerpunkt des städtischen Haushalts.

#### **F Einwohnerzahl, Haushalte, Altersstruktur**

Die Einwohnerzahl liegt Ende 2014 bei 215.800 EinwohnerInnen (2013: 213.922). Die Zahl der Haushalte liegt Ende 2014 bei 119.258 (2013: 118.068). Die Altersstruktur für das Jahr 2014 stellt sich wie folgt dar: In der Altersgruppe bis 17 Lebensjahre leben 32.478 Kinder und Jugendliche, das entspricht einem Bevölkerungsanteil von 15,1 %. Die Altersgruppe 18 bis 64 Lebensjahre umfasst 133.671 Personen, das entspricht einem Anteil von 61,9 %. Ab 65 Lebensjahre sind 49.651 Personen mit einem Anteil von 23 % in der amtlichen Statistik verzeichnet.

#### **G Nachfrage nach kommunalen Leistungen**

Die Nachfrage nach kommunalen Leistungen der Kernverwaltung betraf insbesondere die Bereitstellung der Verkehrsinfrastruktur mit Straßen, Brücken, Rad- und Gehwegen, aber auch Schulen, Kinderbetreuung, Museen, Theater, Schwimmbäder und Sportstätten. Hinzu kommen Verkehrsangelegenheiten, Feuerwehr und Rettungsdienst, die Entsorgung und die Straßenreinigung, Sozial- und Jugendhilfe, ferner die Bearbeitung von Bauanträgen und Bauleitplanungen sowie die Bereitstellung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Mit 400 aufgenommenen Flüchtlingen kommt 2014 ein neuer Fokus auf.

#### **H Kostenentwicklung**

Trotz Konsolidierungsmaßnahmen steigen in einigen Bereichen weiter die Kosten, ohne dass die Stadt darauf direkten Einfluss nehmen kann, weil hier bundes- oder landesgesetzliche Regelungen zu erfüllen sind.

Dazu tragen die Nettobelastungen der Stadt bei den sozialen Leistungen nach SGB II und SGB XII inklusive Grundsicherung bei.

Der Personalaufwand der Kernverwaltung für das Jahr 2014 betrug einschließlich Versorgungsaufwendungen 176 Mio. € (Vorjahr 168 Mio. €).

#### **I 34. Internationaler Hansetag**

Beim 34. Internationalen Hansetag der Neuzeit hat Lübeck sich als großartiger Gastgeber präsentiert. Die Stimmung war sehr schön, das Programm



abwechslungsreich und ansprechend und die Willkommenskultur beeindruckend. Viele Bereiche und Betriebe der Verwaltung haben bei der Vorbereitung und Durchführung Großartiges geleistet, und viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich auch weit über die Dienstpflichten hinaus in ihrer Freizeit engagiert, um dazu beizutragen, dass der Hansetag für die vielen Teilnehmer, Gäste und Besucher ein unvergessliches Erlebnis wurde.





## IV Vermögens-, Schulden- und Finanzlage der Hansestadt

### 1 Vermögens- und Schuldenlage

#### A Bilanz 2014

Aktiva	(Mio. €)	Passiva	(Mio. €)
Anlagevermögen	1.320,44	Eigenkapital	0,00
Umlaufvermögen	122,02	Sonderposten	222,84
Akt. RAP	15,16	Rückstellungen	453,69
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	95,80	Verbindlichkeiten	847,10
		Pass. RAP	23,74
Summe	1.547,37	Summe	1.547,37

Die Hansestadt ist überschuldet. Ihr Eigenkapital ist vollständig verbraucht. Der nicht mehr durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag beträgt 95,8 Mio. € (Vorjahr: 95,66 Mio. €) und wird nach § 50 Abs. 3 GemHVO-Doppik als „negatives Eigenkapital“ auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen.

#### B Eigenkapitalquote I

Die Eigenkapitalquote I zeigt den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital und errechnet sich als Prozentsatz aus Eigenkapital, zu dem der „Nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag“ mit zugerechnet wird im Verhältnis zu der Bilanzsumme.

31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014
-5,8 %	-6,2 %	-6,2 %

#### C Eigenkapitalquote II

Zusätzlich zur Eigenkapitalquote I werden bei der Eigenkapitalquote II zum Eigenkapital die Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträge mit herangezogen und ins Verhältnis zur Bilanzsumme gesetzt. Die Eigenkapitalquote II misst den Anteil des „wirtschaftlichen“ Eigenkapitals am Gesamtkapital und verwendet zusätzlich die Sonderposten als eigenkapitalähnliche Werte.

31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014
7,9 %	7,8 %	8,1 %

Selbst unter zusätzlicher Berücksichtigung von Sonderposten wird kein erhebliches Eigenkapital ausgewiesen. Sonderposten stellen Zuwendungen dar, die in der Regel nicht zurück zu zahlen sind. Dem entsprechend werden sie als eigenkapitalähnlich gewertet. Analog zu Erfahrungswerten für kreisfreie Städte anderer Bundesländer kann ein Orientierungswert von 50 % herangezogen werden.

#### D Pro-Kopf-Verschuldung

Die Pro-Kopf-Verschuldung stellt die Kreditbelastung der Hansestadt pro EinwohnerIn dar.

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014
Kredit-Verbindlichk.	759.807.576,34	777.993.361,50	780.641.254,07
EinwohnerInnen	213.368	213.922	215.800
<b>Pro-Kopf-Verschuldung</b>	<b>3.561,02</b>	<b>3.636,81</b>	<b>3.617,43</b>

Durch den stärkeren Anstieg der Einwohnerzahl im Vergleich zu den Kredit-Verbindlichkeiten sinkt die Pro-Kopf-Verschuldung geringfügig. Die Einwohnerzahl ist dem Statistischen Jahrbuch der Hansestadt entnommen.

Hierbei ist zu beachten, dass für die Berechnung der Pro-Kopf-Verschuldung nur die Kredite aus Investitions- und Kassenkrediten herangezogen wurden. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und auch langfristig gebundenen Rückstellungen wurden nicht mit zur Berechnung herangezogen.

#### E Infrastrukturquote

Die Quote gibt das Verhältnis von Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen der Aktivseite der Bilanz wieder. Das Infrastrukturvermögen beinhaltet nur Verkehrs- sowie Ver- und Entsorgungseinrichtungen und hat zum 31.12.2014 einen bilanzierten Wert von 398,2Mio. €.

31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014
26,1%	25,0%	25,7 %

Mit der Entwicklung dieser Kennzahl wird dargestellt, dass der Wert des gesamten Infrastrukturvermögens gemessen an der Entwicklung der weiteren Vermögenspositionen der Bilanz stetig sinkt, im Vergleich zum Vorjahr jedoch geringfügig ansteigt. Das gesamte Anlagevermögen ist im gleichen Zeitraum wertmäßig um 6,0 Mio. € auf 1.314,4 Mio. € gesunken.

in T€ Einzahlungen aus	Fortgeschriebener Ansatz 2014	Ist 2014	Abweichung	Abweichung in %
Zuwendung für Investitionen	15.728	16.386	-2.151	14
Veräußerung von Grundstücken/ Gebäuden	1.130	8.830	7.699	681
Veräußerung von bewegl. Anlagevermögen	45	244	199	442
Veräußerung von Finanzanlagen	250	783	533	213
Rückflüsse für Investitionen Dritter	605	2.335	1.730	286
Beiträge und ähnliche Entgelte	10	461	450	4500
Sonstige Investitionseinzahlung	0	0	0	0
<b>Summe</b>	<b>20.578</b>	<b>29.039</b>	<b>8.461</b>	<b>41</b>



Der verzögerte Mittelabfluss im Bereich der eigenen Baumaßnahmen sowie der mit städtischen Zuweisungen und Zuschüssen geförderten Baumaßnahmen anderer Bauträger resultiert im Wesentlichen aus Verzögerungen bei der Planung bzw. im Baufortschritt der veranschlagten Maßnahmen.

Als Anlage A werden die wichtigsten Investitionsmaßnahmen dargestellt, die im Haushaltsjahr 2014 ein Investitionsvolumen von 100 T€ oder mehr ausweisen. Dabei ist es unerheblich, ob die Maßnahmen 2014 fortgesetzt, begonnen oder abschließend umgesetzt worden sind. Aus der Spalte „Auszahlungen“ ist ersichtlich, inwieweit bei den jeweiligen Maßnahmen in 2014 ein Mittelabfluss (Auszahlung) stattgefunden hat. Ist die Auszahlung höher als der Planansatz zzgl. bzw. abzüglich über- und außerplanmäßiger Mittel, verfügt die Maßnahme über zusätzliche maßnahmenbezogene Haushaltsauszahlungsreste aus Vorjahren. Weiter könnten vorgenommene Sollübertragungen von deckungsberechtigten Maßnahmen oder unechte Deckungen (zweckgebundene Einzahlungen z. B. Spenden, Zuwendungen) in Anspruch genommen worden sein.

#### **Kredite für Investitionen**

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen sind seit dem Jahr 2000 von 490,8 Mio. € auf 551,0 Mio. € am Ende des Jahres 2014 gestiegen (darin enthalten sind 165,0 Mio. € Ablösekredite für Kassenkredite). Ohne Berücksichtigung der Ablösekredite ist ein weiterer Rückgang der Investitionskredite von 408,0 Mio. € Ende 2013 auf 385,9 Mio. € Ende 2014 festzustellen. Ursachen hierfür sind u. a. weitere Einzahlungen aus der Veräußerung von Erbbaurechten und sonstigen Grundstücksveräußerungen sowie die verstärkte Ausnutzung von Fördermöglichkeiten in den vergangenen Jahren. Insbesondere die Verzögerungen bei der Umsetzung veranschlagter Investitionsmaßnahmen führten in der Vergangenheit zu rückläufigen Kreditaufnahmen. So ist der genehmigte Gesamtbetrag der Kredite 2014 i.H.v. rd. 33 Mio. € vollständig ins das Jahr 2015 übertragen und dort auch nur teilweise in Anspruch genommen worden. In 2014 sind lediglich Kreditaufnahmen in Höhe von 9,75 Mio. € zu Lasten der übertragenen Kreditermächtigung aus 2013 erfolgt. Ende 2016 betragen die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen noch rd. 351,1 Mio. € (ohne Ablösekredite).

### Kassenkredite

Die zur Sicherstellung der Liquidität aufgenommenen Fremdmittel inkl. Kassenkrediten im engeren Sinne haben sich seit 2010 unter Berücksichtigung des Finanzmittelfehlbetrages der Vorjahre wie folgt entwickelt:

Jahr	Finanzmittelfehlbetrag in Mio. €		Fremdmittel zum Ausgleich kurzfristiger Liquiditätsschwankungen am Jahresende in Mio. €
	Plan	Ist	
2010	195,1	39,0	279,2
2011	191,2	17,7	316,9
2012	175,1	18,0	367,1
2013	189,2	5,3	258,9 (+ Ablösekredite 130,0)
2014	73,6	5,5 (Überschuss)	248,8 (+ Ablösekredite 165,0)

Die hier ausgewiesenen Fremdmittel beinhalten neben den Kassenkrediten im engeren Sinne zusätzliche finanzielle Mittel, die die Hansestadt von den von ihr verwalteten Stiftungen und von ihren Eigenbetrieben entgegen genommen hat. Die Bilanzposition Kassenkredite enthält nur die Werte, die von Banken ausdrücklich als Kassenkredite aufgenommen wurden in Höhe von 229,7 Mio. € zum 31.12.2014. Der Landesgesetzgeber hat Kommunen mit einem hohen Kassenkreditbestand Ende des Jahres 2012 die Möglichkeit eingeräumt, Kassenkredite durch Kredite mit einer Laufzeit bis längstens zum Jahr 2021 abzulösen (Ablösekredite). Davon hat die Hansestadt Lübeck Gebrauch gemacht. Bis zum Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2014 wurden insgesamt 165 Mio. € abgelöst. Aufgrund einer erneuten gesetzlichen Regelung wurden im Folgejahr 2015 weitere 35 Mio. € mit einer Laufzeit bis längstens zum Jahr 2024 abgelöst. Nach Ende der Laufzeit müssen diese Verbindlichkeiten zurückgeführt werden. Ziel ist, die Ablösekredite vollständig zu tilgen und hierfür möglichst keine neuen Kassenkredite aufzunehmen um die Verschuldung nachhaltig abzubauen. Bei weiterhin unausgeglichenen Finanzplänen und deren Auswirkung in den Finanzrechnungen wird die Notwendigkeit der Aufnahme zusätzlicher Kassenkredite generell weiter bestehen. Gesetzlich ist dies mit einer Laufzeit von max. bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes möglich. Eine Ausweitung des Kreditbedarfes geht mit einem ansteigenden Zinsänderungsrisiko einher.



## 2 Finanzlage

Lfd. Nr.	Entwicklung der Finanzrechnung	Fortgeschriebener Plan-Ansatz 2014 in T€	Ist 2014 in T€	Abweichung in T€	Abweichung in %
1	Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	633.549	692.540	58.991	9
2	Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-686.550	-671.546	15.004	-2
3	= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 1 + 2)	53.002	20.993	73.995	-140
4	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	20.578	29.039	8.461	41
5	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-130.818	-47.370	83.447	-64
6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 4 + 5)	-110.240	-18.331	91.908	-83
7	Veränderung fremder Finanzmittel	0	2.876	2.876	100
8	Finanzmittelfehlbetrag (Zeilen 3 + 6 + 7)	-163.241	5.539	168.780	-103
9	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	23.219	2.722	-20.497	-88
10	= Veränderung eigener Finanzmittel (Zeilen 8 + 9)	-140.022	8.260	148.282	-106
11	Anfangsbestand an Finanzmitteln	0	32.275	32.275	100
12	Liquide Mittel (Zeilen 10 + 11)	-140.022	40.535	180.557	-129

Der Anfangsbestand der liquiden Mittel (11) betrug zum 01.01.2014 insgesamt 32.275.127,59 €.

Die liquiden Mittel weisen zum Ende des Jahres 2014 insgesamt 40.535.320,12€ aus und liegen damit um 8.260.192,53 € über dem Anfangsbestand. Dies resultiert u. a. aus der Aufnahme von Krediten zur Ablösung von Kassenkrediten über 165,0 Mio. € in 2014. Erfahrungsgemäß sind in den Monaten November bis Januar Kreditaufnahmen nur beschränkt möglich, um eine ausreichende Anzahl von wirtschaftlichen Angeboten zu erhalten, ist die Aufnahme im laufenden Haushaltsjahr erfolgt.

Der Betrag der liquiden Mittel weicht zwischen Finanzrechnung und Bilanz ab, da in der Bilanz zwei Konten den Forderungen zugeordnet wurden, welche auch mit in die Finanzrechnung einfließen. Diese Konten werden als Bankbestand für Geschäftsbesorgungen durch die Lübecker Musik- und Kongreßhallen GmbH und die KWL GmbH geführt.



### 3 Gesamteinschätzung zur Vermögens- und Finanzlage

Die Hansestadt hat im Jahre 2014 und weiterhin stets ihre Verbindlichkeiten bedient.

Prekär ist die erhebliche Verschuldung der Hansestadt. Aufgrund des sehr geringen Marktzinses kam es nicht zu einer weiteren erhöhten Zinsbelastung, die wiederum zu weiteren Kreditaufnahmen hätte führen können.

Mit den Mechanismen zum Gemeindefinanzausgleich bzw. des Konsolidierungsfonds wurden erste geeignete Maßnahmen umgesetzt, die die Stadt bei ihren Konsolidierungsaufgaben unterstützen.

Zur Einschätzung der wirtschaftlichen Lage ist zudem die Betrachtung der erheblichen Bürgschaften der Hansestadt zugunsten anderer Kreditnehmer relevant. Bedingt durch die kontinuierliche Tilgung der im Bestand befindlichen von der Hansestadt verbürgten Kredite ist am Jahresende 2014 eine Reduzierung der Bürgschaftssumme auf 93 Mio. € zu verzeichnen (Vorjahr 103 Mio. €).



## V Ertragslage der Hansestadt

### A Ergebnisrechnung zum 31.12.2014

Die Ergebnisrechnung schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 152,7 T€. ab. Gegenüber dem geplanten Fehlbetrag von 71,2 Mio. € bedeutet dies eine erhebliche Verbesserung in Höhe von 71 Mio. €. Gegenüber dem Fehlbetrag von 83,8 Mio. €, der sich aus dem berichtspflichtigen fortgeschriebenen Planansatz (ursprünglich beschlossener Planansatz zzgl. Nachtrag, übertragener Ermächtigungen aus dem Vorjahr und Sollübertragungen, ohne über- u. außerplanmäßige Bewilligungen und unechter Deckung) ergibt, kommt es sogar zu einer Verbesserung von 83,7 Mio. €.

Die folgende Tabelle verdeutlicht, in welchen Ergebnisbereichen diese Verbesserung entstanden ist:

Mio. €	Ist 2013	Fortgeschriebener Plan- ansatz 2014	Ist 2014	Veränderung (Vgl. fortg. Planansatz mit Ist 2014)	Abweichung in %
Ordentliche Erträge	685,3	644	714,2	70,2	10,9
Ordentliche Aufwendungen	664,3	695,1	693,1	-2	-0,3
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	21	-51	21,1	72,1	-141,4
Finanzergebnis	-21,8	-32,8	-21,3	11,5	-35,1
Außerordentliches Ergebnis	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Jahresergebnis</b>	<b>-0,7</b>	<b>-83,8</b>	<b>-0,2</b>	<b>83,7</b>	<b>-99,8</b>

#### Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit

Ordentliche Aufwendungen in Höhe von 693,1 Mio. € (ggü. 695,1 Mio. €) und ordentliche Erträge in Höhe von 714,2 Mio. € (ggü. 644 Mio. €) führen in 2014 zu einem Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 21,1 Mio. € (ggü. minus 51 Mio. €). Damit wird das geplante Ergebnis um 72,1 Mio. € übertroffen. Diese Verbesserung kommt insbesondere durch eine Steigerung der Erträge um 11% und einer Kostenreduzierung um 0,3% zustande.

#### Finanzergebnis

Das negative Finanzergebnis von minus 21,3 Mio. € (ggü. minus 32,8 Mio. €) ergibt sich aus Finanzerträgen von 0,7 Mio. €, denen Zinsen und sonst. Finanzaufwendungen von 22 Mio. € gegenüber stehen. Die Verbesserung von 11,5 Mio. € gegenüber der Planung ist im Wesentlichen auf das anhaltend niedrige Zinsniveau und die gegenüber der ursprünglichen Planung geringere Kassenkreditaufnahme zurückzuführen. Auch die verringerte und verzögerte Aufnahme von Krediten für Investitionen trägt zu dem Ergebnis bei.



## Ordentliche Erträge

Mio. €	Ist 2013	Fortgeschriebener Planansatz 2014	Ist 2014	Veränderung (Vgl. fortg. Planansatz mit Ist 2014)	Abweichung in %
Steuern und ähnliche Abgaben	215,9	198,3	228,7	30,5	15,3
Zuwendungen und allgemeine Umlage	215,6	209,3	240,7	31,4	15,0
Sonstige Transfererträge	13,2	15,5	11,9	-3,6	-23,2
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	34,3	34,8	31,4	-3,4	-9,8
Privatrechtliche Leistungsentgelte	36,1	31,9	40,7	8,8	27,6
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	124,1	131,2	131,6	0,4	0,3
Sonstige ordentliche Erträge	44,7	21,1	27,9	6,8	32,2
Aktivierete Eigenleistungen	1,3	2,0	1,4	-0,6	-30,0
Bestandsveränderungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Summe ordentliche Erträge</b>	<b>685,3</b>	<b>644,0</b>	<b>714,2</b>	<b>70,2</b>	<b>10,9</b>

Die gute gesamtwirtschaftliche Konjunktur wirkt sich positiv auf die Ertragssituation der Hansestadt Lübeck in 2014 aus. So haben z. B. die Erträge aus Gewerbesteuren Ende 2014 mit rd. 96 Mio. € ein sehr hohes Niveau erreicht.

Steuern und ähnliche Abgaben

In der folgenden Übersicht wird auf die Steuereinnahmen und wichtigsten Finanzaufweisungen sowie Umlagen detaillierter eingegangen. Das Gesamtergebnis wurde insbesondere positiv beeinflusst durch gewährte Konsolidierungshilfe, die Fehlbetragsaufweisung (17,4 Mio. €) und die höheren Erträge bei der Gewerbesteuer der (plus von ca. 28,2 Mio. €).

Fehlbetragsaufweisungen (ebenso wie die ab 2012 gewährten Konsolidierungshilfen des Landes) dürfen nicht in die planmäßige Veranschlagung einbezogen werden, sie stellen immer eine außerplanmäßige Verbesserung dar.





	Ist	Fortgeschr.	Ist	Veränderung	Abweichung
Bezeichnung	2013	Planans. 2014	2014	(Vgl. fortg. Planansatz mit Ist 2014)	2014
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	in %
Grundsteuer A	180	190	227	37	19
Grundsteuer B	35.450	34.479	35.852	1.373	4
Gewerbsteuer	86.750	67.501	95.707	28.206	42
Gemeindanteil an der Einkommensteuer	62.785	66.229	65.651	-578	-1
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	11.514	11.921	11.812	-109	-1
Vergnügungssteuern	2.280	1.601	2.246	645	40
Hundesteuer	846	800	943	143	18
Zweitwohnungssteuer	998	900	1.004	104	12
andere Steuern	2.086	1.300	1.639	339	26
allgemeine Schlüsselzuweisungen	102.662	120.790	124.795	4.005	3
Sonderschlüsselzuweisungen	0	1.221	1.815	594	49
Fehlbetragszuweisung	20.955	-	17.402	17.402	100
Schlüsselzuweisungen nach § 15 FAG (übergemeindliche Aufgaben)	17.290	19.836	20.657	821	4
Ausgleichsleistungen nach dem Familienleistungsausgleich (§ 31 a FAG)	5.920	6.236	6.530	294	5
sonstige allgem. Finanzausweisungen	316	311	297	-14	-5
<b>Summe der allgem. Deckungsmittel</b>	<b>350.032</b>	<b>333.315</b>	<b>386.577</b>	<b>53.262</b>	<b>16</b>
Gewerbsteuerumlage	-14.207	-10.831	-14.450	-3.619	33
allgemeine Kreisumlage				0	
zusätzliche Kreisumlage				0	
Amtsumlage				0	
Zusatzamtsumlage				0	
Finanzausgleichsumlage				0	
<b>Summe der Umlagen</b>	<b>-14.207</b>	<b>-10.831</b>	<b>-14.450</b>	<b>-3.619</b>	<b>33</b>

#### Öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Leistungsentgelte

Die Erträge bei den öffentlich - rechtlichen Leistungsentgelten fallen im Vergleich um 3,4 Mio. € niedriger aus. Die Planung 2014 lag bei 34,8 Mio. €, das tatsächliches IST - Ergebnis des Haushaltsjahres 2014 beträgt 31,4 Mio. €.

Bei den Verwaltungsgebühren wurden Mehrerträge in Höhe von 0,4 Mio. € und den Erträgen aus den Verwaltungsgebühren Statik 1,2 Mio. € generiert. Die Erträge aus Benutzungsgebühren fallen niedriger aus (Planung 2014: 25,7 Mio. €, IST 2014: 20,6 Mio. €). Die Erträge aus der notwendigen Auflösung der Sonderposten für eingezahlte investive Beiträge sind im Ergebnis mit 0,2 Mio. € Verbesserung enthalten.

Zu den privatrechtlichen Leistungsentgelten gehören u. a. Mieten, Pachten (plus 4,7 Mio. €), Erträge aus Verkauf von Vorräten (plus 456 T€), sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte (plus 3,9 Mio. €), Leistungsentgelte Kita (minus 418 T€), Beköstigungsentgelte (minus 70 T€).

Sonstige ordentliche Erträge

Bei den sonstigen ordentlichen Erträgen sind folgende Abweichungen zwischen fortgeschriebener Planung und dem Ist-Ergebnis zu nennen:

- 5,2 Mio. € Mehrerträge aus der Veräußerung von Grundstücken/ Gebäuden,
- 106 T€ Mehrerträge aus Veräußerung von Finanzanlagen
- Mehrertrag aus Nachzahlungszinsen Gewerbesteuer 2,0 Mio. €
- Mehrerträge bei den Säumniszuschlägen rd. 60,3 T€.
- Mehrerträge aus der Verzinsung von Steuernachforderungen 850 T€
- Mehrerträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von sonst. anderen Rückstellungen in Höhe von 502 T€.

Aktivierte Eigenleistungen

Aktivierte Eigenleistungen waren im Jahre 2014 mit 2,0 Mio. € veranschlagt, sind aber lediglich in Höhe von 1,4 Mio. € angefallen und gebucht worden.

Ordentliche Aufwendungen

Mio. €	Ist 2013	Fortgeschriebener Planansatz 2014	Ist 2014	Veränderung (Vgl. fortg. Planansatz mit Ist 2014)	Abweichung in %
Personalaufwendungen	146,2	152,7	148,6	4,2	-2,7
Versorgungsaufwendungen	21,5	13,4	27,3	13,9	103,7
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	67,1	76,2	68,5	-7,7	-10,1
Bilanzielle Abschreibungen	39,8	43,0	38,7	-4,3	-10,0
Transferaufwendungen	275,8	293,1	291,0	-2,1	-0,7
Sonstige ordentliche Aufwendungen	114,0	116,6	119,0	2,3	2,1
<b>ordentliche Aufwendungen</b>	<b>664,3</b>	<b>695,1</b>	<b>693,1</b>	<b>-2,0</b>	<b>-0,3</b>

Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen stellen mit 24,60 % eine wesentliche Aufwandsposition an den geplanten Gesamtaufwendungen 2014 dar. Die Personalaufwendungen sind unter Berücksichtigung der Personalkostendurchschnittswerte und notwendiger kassenwirksamer Anpassungen von den Fachbereichen kalkuliert und bewirtschaftet worden. Die Personalaufwendungen werden aufgrund des seit Jahren bestehenden defizitären Ergebnisplanes äußerst restriktiv (Wiederbesetzungssperren, Einsparung von Planstellen usw.) bewirtschaftet. U. a. dadurch weichen die Ist-Ergebnisse in der Regel von den geplanten Personalaufwendungen am Jahresende ab. Die Differenzen ergeben sich aus einer Vielzahl von Einzelvorgängen.

Im Vergleich zum Vorjahr sind Tarifsteigerungen zu berücksichtigen.



## Stellenentwicklung der Vollzeitstellen bei der Hansestadt Lübeck ab 1.1.2010

Datum	Beamte		Angestellte		Lohnempfänger		Vollzeitstellen	Personal-aufwand TEUR	Anteil an Ges.aufw %	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%				
01.01.2010	928,65	32,29	1.497,37	52,06	450,10	15,65	2.876,12	146.320	23,59	1)
01.01.2011	950,55	32,55	1.532,74	52,48	437,36	14,97	2.920,65	154.958	24,04	1)
01.01.2012	964,67	32,62	1.557,66	52,67	434,99	14,71	2.957,32	155.636	23,51	1)
01.01.2013	965,42	30,31	1.585,74	49,78	634,27	19,91	3.185,43	167.696	24,39	2)
01.01.2014	963,45	30,14	1.600,27	50,07	632,70	19,79	3.196,42	175.913	24,60	3)
01.01.2015	970,00	30,26	1.609,25	50,21	625,81	19,53	3.205,06	173.321	23,14	3)
01.01.2016	981,56	29,96	2.310,92		70,04		3.292,48	191.417	23,64	4)
01.01.2017	972,39	29,03	2.376,65		70,97		3.349,04	196.747	24,14	5)

1) Personalaufwendungen gem. Jahresabschluss 2010 bis 2012

2) Zum 01.01.2013 werden 218,13 Vollzeitstellen der Gebäudereinigung HL in die Kernverwaltung zurückgeführt.

Personalaufwendungen gem. Jahresabschluss 2013

3) Personalaufwendungen gem. Jahresabschluss 2014 u. Ergebnisplan 2015

4) Personalaufwendungen gem. Ergebnisplan 2016. Stellenplan erstmalig erstellt mit KoPers. Differenzierung zwischen Lohnempfänger- u. Angestelltenplanstellen wird abgelöst durch Summe der Beschäftigtenplanstellen im Tarifbereich.

5) Personalaufwendungen gem. Ergebnisplan 2017

### Versorgungsaufwendungen

Um die Höhe der Pensionsrückstellung gem. des mathematischen Gutachtens der VAK zu erreichen ist eine zusätzliche Zuführung nötig.

Die Zuführung zur Pensionsrückstellung wurde mit einem pauschalen Wert i.H.v. 13,4 Mio. € bei der Planung berücksichtigt. Aufgrund des aktualisierten vorliegenden Gutachtens der VAK wurde eine Aufstockung um 10,4 Mio. € erforderlich, so dass insgesamt die Höhe der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen 23,8 Mio. € beträgt.

### Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Zu dieser Aufwandsart gehören eine Vielzahl unterschiedlichster Aufwendungen bei denen die Abweichungen zwischen der Planung und dem Ist 2014 in der normalen Bandbreite liegen. Bei folgenden Positionen sind Abweichungen erwähnenswert:

- Unterhaltung der Hochbauten (Minderaufwendungen 5,0 Mio. €),
- Unterhaltung des sonst unbeweglichen Vermögens (Minderaufwendungen 3,2 Mio. €),
- sonst Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen (Minderaufwendungen 1,6 Mio. €) und
- Mieten und Pachten für Liegenschaften (Mehraufwendungen 0,2 Mio. €).

Die vorgenannten Abweichungen ergeben im Saldo rd. 9,6 Mio. € Verbesserungen. Hierzu ist anzumerken, dass insbesondere die zwei erst genannten „Verbesserungen“ negative Auswirkungen auf das Anlagevermögen der Hansestadt Lübeck haben werden, da notwendige Unterhaltungsmaßnahmen nicht ausreichend vorgenommen werden konnten.



Aufgezehrt wird ein Teil dieser Verbesserungen im Wesentlichen durch Mehraufwendungen bei den besonderen Verwaltungs- u. Betriebsaufwendungen (1,2 Mio. €) und den Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen (2,1 Mio. €).

#### Transferaufwendungen

Die Verbesserung bei den Transferaufwendungen (Aufwendungen, die ohne Gegenleistung an Dritte geleistet werden) von 2,1 Mio. € ergibt sich aus Reduzierungen bei den Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke an verschiedene Bereiche in Höhe von 3,5 Mio. € und beinhaltet maßgeblich Minderaufwendungen für Zuschüsse an verbundene Unternehmen von rd. 1,8 Mio. €.

Minderaufwendungen sind insbesondere bei der Jugendhilfe in Höhe von 1,0 Mio. € zu verzeichnen. Dazu kommen Minderaufwendungen bei den übrigen Sozialtransferleistungen in Höhe von 1,2 Mio. €.

Hinzu kommt, dass durch die höheren Erträge bei der Gewerbesteuer (plus ca. 28,2 Mio. €) auch die Gewerbesteuerumlage steigt, was zu einem Mehraufwand bei der Gewerbesteuerumlage in Höhe von 3,6 Mio. € führt.

Insgesamt ist somit eine Verbesserung von 2,1 Mio. € bei den Transferaufwendungen zu verzeichnen.

#### **B Gesamteinschätzung zur Ertragslage**

Die Ertragslage 2014 der Hansestadt Lübeck ist durch ein positives Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit (plus 21,1 Mio. €) und ein negatives Finanzergebnis (minus 21,3 Mio. €) geprägt. Es haben sich im Haushaltsvollzug im Saldo erhebliche Verbesserungen gegenüber der Planung im Umfang von 83,7 Mio. € - davon rd. 70 Mio. € bei den Erträgen - ergeben. Dies hat letztlich zu einem Defizit von nur 0,2 Mio. € geführt.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Aufwendungen parallel zu den Erträgen gestiegen, sodass wiederum nur eine „rote Null“ erreicht werden konnte. Insgesamt ist das operative Ergebnis noch nicht geeignet, die dramatische Vermögenslage zu verbessern.



## VI Vorgänge von besonderer Bedeutung

### A Doppik-Einführung

Die vollständige Umsetzung der Doppik ist noch nicht abgeschlossen und wird weitere Jahre benötigen, bis dass z.B. der Jahresabschluss rechtmäßigerweise innerhalb von drei Monaten nach Abschluss des Haushaltsjahres erstellt wird. Derzeit wird davon ausgegangen, dass der Jahresabschluss 2019 erstmals fristgemäß vorgelegt werden kann. Die Erstellung des ersten Gesamtabchlusses 2019 soll sich daran anschließen.

### B Konsolidierungsfonds

Die Hansestadt Lübeck hat in den vergangenen Jahren Haushaltskonsolidierung als permanente Aufgabe verstanden und auch so gehandelt.

Das vom Land aufgelegte Programm „Konsolidierungshilfen für notleidende Kommunen“ auf der Grundlage des § 16 a FAG für den Zeitraum 2012 bis 2018 und die damit verbundene Verpflichtung zu eigenen Anstrengungen brachte hierzu eine neue Dynamik.

Im Konsolidierungsfonds wurde die erste Hürde erfolgreich genommen: 60 % des gesamten Konsolidierungsvolumens konnten planmäßig erbracht werden. Im Gegenzug zu dieser Leistung erhält die Stadt Landeshilfen in Höhe von circa 76,4 Mio. €. Nun musste im ersten Halbjahr 2015 das zweite und letzte Konsolidierungspaket mit einem Volumen von noch einmal 10 Mio. € auf den Weg gebracht werden, so dass zukünftig weitere Hilfen erwartet werden können, deren Höhe in Abhängigkeit zu der Entwicklung der Jahresergebnisse der Hansestadt Lübeck und der weiteren Teilnehmer des Konsolidierungsfonds steht.

### C Wachsender Zustrom von Flüchtlingen aus Krisenregionen

Eine Herausforderung besonderer Dimension war schon im Jahr 2014 und auch in 2015/2016 der wachsende Zustrom von Flüchtlingen aus Krisenregionen. 600 Menschen sind als Flüchtlinge 2014 in Lübeck angekommen, weitere 1.000 wurden für das Jahr 2015 prognostiziert.

Es wurden große Kraftanstrengungen erforderlich, um den zu der Hansestadt kommenden Menschen Unterkunft und Verpflegung zu gewähren und ihnen auch die Integrationsleistungen zu bieten, die sie brauchen: Sprachunterricht, Betreuung und Beistand. Zur Verhinderung von Knappheit am Wohnungsmarkt wird verstärkt der Neubau von Wohnraum durchgeführt werden müssen.

## VII Chancen, Risiken und Prognosen

### A Konsolidierung des städtischen Haushalts

Die Haushaltslage der Hansestadt Lübeck ist weiter angespannt. Vor diesem Hintergrund wird seit einigen Jahren die Haushaltskonsolidierung als eine permanente Aufgabe verstanden. Durch unterschiedlichste Maßnahmen (z.B. Budgetierung, Wiederbesetzungssperren, Aufgabenkritik, Einsparungen, Streichung und Kürzung von Leistungen, Erhöhung von Steuern, Entgelten und Gebühren, Veräußerung von Vermögen und nicht zuletzt Personalabbau) versuchen Verwaltung und Kommunalpolitik, die Haushaltslage nachhaltig zu verbessern.

### B weitere Einflussfaktoren von außen

Die Gewerbesteuererinnahmen als Haupteinnahmequelle der Stadt sind erheblichen Schwankungen unterworfen, so dass eine verlässliche Planung kaum möglich erscheint. Auch für die Zukunft ist davon auszugehen, dass die Sozialausgaben weiter ansteigen werden. Ebenso bedeutsam für den städtischen Haushalt ist die Entwicklung des Zinsniveaus angesichts einer hohen städtischen Verschuldung für Investitionen und Kassenkredite. Die Belastungen aus den künftigen Tarifabschlüssen für den öffentlichen Dienst gehen weiter zu Lasten des Haushalts. Der Sanierungstau bei der städtischen Infrastruktur stellt ein weiteres erhebliches Risiko für den Haushalt dar, dem in den kommenden Jahren durch Prioritätensetzung im Haushalt zu begegnen ist. Erforderlich hierfür ist aber auch, durch zusätzliche Konsolidierungsanstrengungen wieder Gestaltungsspielräume im investiven Bereich zu schaffen, die derzeit nicht gegeben sind. Das Fazit bleibt, dass vor dem Hintergrund der weiterhin angespannten Haushaltslage und Verschuldungssituation die Haushaltskonsolidierung alternativlos bleibt.

### C Konsolidierungsfonds

Auf der Grundlage von § 16a des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) können Gemeinden und Kreise mit besonderen Finanzproblemen im Zeitraum 2012 bis 2018 Konsolidierungshilfen unter der Voraussetzung erhalten, dass sie selbst weitere eigene nachhaltige Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung vornehmen.

### D Wohnungsbau und Gewerbeflächen

Im Gründungsviertel auf der Altstadtinsel wird nach Abriss der dortigen Schulgebäude ein neues Wohnquartier auf 39 Parzellen entstehen. Am Stadtgraben entstehen weitere 80 Wohneinheiten. Mit diesen und anderen Maßnahmen von Privatinvestoren soll zusätzlicher, attraktiver Wohnraum geschaffen werden. Im Jahr 2014 wurde das LUV SHOPPING-Einkaufszentrum in Lübeck-Dänischburg eröffnet. Diese Investition schafft 400 zusätzliche Arbeitsplätze und ist seitens der Stadtentwicklung ein weiterer wichtiger Beitrag zur Revitalisierung der nördlich gelegenen Stadtbezirke.

### E Tourismus

Der Tourismus gehört zu den Wachstumsmotoren der Stadt. Mit der Neubebauung des Aqua-Top-Grundstücks mit einem Hotel, der Realisierung des Projekts Priwall Waterfront auf dem Priwall, der Ansiedlung eines weiteren Hotels auf der Altstadtinsel werden zusätzliche Übernachtungskapazitäten geschaffen. Im Jahr 2014 ist Lübeck Gastgeberin des 34. Hansetages der Neuzeit, zu dem ca. 750.000 Besucher erwartet



wurden. Der Baufortschritt des Europäischen Hansemuseums ist ein weiterer Meilenstein zur Profilierung Lübecks als Kultur- und Tourismusstandort.

#### **F Zinsänderungsrisiko**

Die Hansestadt Lübeck ist weiterhin auf Kapitalmarktkredite zur Finanzierung von Investitionen angewiesen, weil Überschüsse im konsumtiven Teil des Haushalts seit Jahren nicht erwirtschaftet wurden. Die allgemeine Zinsentwicklung ist deshalb für die Haushaltssituation von erheblicher Relevanz. Das betrifft nicht nur die Aufnahme von neuen Darlehen, sondern auch den Altbestand an Darlehen im Hinblick auf das Auslaufen von Zinsbindungsfristen. Derzeit wird der Haushalt durch ein niedriges Zinsniveau begünstigt. Die Europäische Zentralbank EZB hat ihre Niedrigzinspolitik beibehalten. Aufgrund des anhaltenden Wirtschaftswachstums in den USA wird dort von einem steigenden Zinsniveau ausgegangen, diese Entwicklung kann auch zu steigenden Zinsen im Euroraum führen. Zudem vermehren sich die Anzeichen für eine Belebung der europäischen Wirtschaftstätigkeit, so dass längerfristig auch wieder mit einem höheren Zinsniveau gerechnet werden muss. Das Ankaufprogramm der EZB für Anleihen wurde bis Ende 2017 verlängert, nach Beendigung könnten spätestens in 2018 die Zinsen wieder merklich steigen. Allerdings stehen im Laufe des Jahres 2017 einige wesentliche politische Entscheidungen an, wie der Beginn der Verhandlungen zum Brexit oder die Wahlen in den Niederlanden und in Frankreich, die zu erneuten Unsicherheiten an den Finanzmärkten führen können. Es besteht die Möglichkeit, dass damit eine Abschwächung der Wirtschaftsbelebung einhergeht. Dies würde gegen ein steigendes Zinsniveau sprechen.

#### **G Risiko der Fehlbewertung von Pensionsrückstellungen**

Nach § 24 Nr. 1 GemHVO-Doppik ist für Pensionsrückstellungen konkret geregelt, dass diese als Barwert auszuweisen und mit einem Alternativzinssatz von 5 % abzuzinsen sind. Hierfür wird entsprechend der Kommentierungen empfohlen, dass die Versorgungsausgleichskasse (VAK) die entsprechenden Berechnungen vornimmt. Diesen rechtlichen Vorgaben ist die Hansestadt in vollem Umfang gefolgt.

Zum Bilanzstichtag ergeben sich hieraus Pensionsrückstellungen von 367,1 Mio. €, die den Umfang des tatsächlichen Rückstellungsbedarfs nicht vollständig wiedergeben. Schließlich ist eine Verzinsung von 5 % am Kapitalmarkt seit Jahren nicht zu erwirtschaften. Die unterstellte Möglichkeit, bis zu einer späteren Belastung das erforderliche Kapital in dieser Höhe zinsbringend anlegen zu können, ist faktisch nicht realistisch.

Der rechtlich vorgegebene, fehlerhafte Ausweis wird bei der Betrachtung einer analogen Berechnung des Barwertes für einen durchschnittlichen Musterbeamten deutlich und wird hier anhand einer Beispielrechnung zum Jahresabschluss 2010 wiedergegeben. Wenn bei den Berechnungen im Jahre 2010 der Zinsfuß von 5 % auf z. B. 3,25 % abgesenkt worden wäre, sind bereits dramatisch abweichende Darstellungen festzustellen. Die Rückstellung betrug nach Berechnung der VAK für den Musterbeamten nur 186.350 € und würde aufgrund der fälschlicherweise unterstellten Verzinsungsmöglichkeit auf 288.943 € steigen. Hierbei war zu berücksichtigen, dass 1.486 Beamte im aktiven Dienst oder bereits pensioniert waren. Für alle wäre die Differenz jeweils als grober Schätzbetrag anzusetzen. Wenn ein zusätzlicher Ausweis notwendig ist, führt dies zu Aufwendungen in gleicher Höhe. Auf Basis der o. g. Zahlen ergab sich für die Hansestadt Lübeck ein zusätzliches Risiko aus den zu niedrig anzusetzenden Pensionsrückstellungen in der Größenordnung von mehr als 150 Mio. €. Aufgrund des seitdem weiter gesunkenen



Marktzinsniveaus ergeben sich heute noch gravierendere Abweichungen. Der Basiszinssatz liegt inzwischen unter 0 %.

Nach Rückfrage beim Innenministerium ist die Beibehaltung der Regelung beabsichtigt, dass für die Berechnung des Barwertes als Abzinsungszinssatz weiterhin 5 % anzusetzen sind. Ein abweichender Zinssatz nach § 41 Abs. 8 GemHVO-Doppik soll nur für Betriebe gewerblicher Art zugelassen werden. Danach würde die Rückstellung in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt und Rückstellung mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst werden.

#### **H Prognosen**

Im Ergebnisplan wird für das Jahr 2015 ein Fehlbedarf von 57,8 Mio. € geplant. Den Gesamterträgen von 691,1 Mio. € stehen Aufwendungen von 748,9 Mio. € gegenüber.

Vorgesehen sind für das Jahr 2015 Investitionen in Höhe von 47,4 Mio. € Investitionsschwerpunkte für das Jahr 2015 sind wie in den Vorjahren die Sanierung und Erneuerung von städtischen Gebäuden, Schulen und Sporthallen, Straßen- und Brückenbau sowie die Hafeninfrastuktur.





## Zusammenfassende Einschätzung

Trotz der sehr günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aufgrund deutlich gestiegener Gewerbesteuereinnahmen oder des niedrigen Marktinzinses bedarf es erheblicher Anstrengungen, ein ausgeglichenes Jahresergebnis zu erreichen. Diese Anstrengungen sind weiterhin innerhalb der Strukturen der Hansestadt fortzusetzen, um bei wieder schlechteren Bedingungen handlungsfähig zu bleiben.

Im Jahre 2014 war insbesondere zu berücksichtigen, dass zusätzliche Leistungen wie beispielsweise die Unterbringung von Flüchtlingen in einer bisher noch nicht gekannten Intensität durch die Kommunen vorfinanziert werden mussten und erfolgreich umgesetzt werden konnten.

Hinsichtlich der ausreichenden Finanzausstattung der Kommunen sind über die Konsolidierungsleistungen der Stadt hinaus das Land und der Bund gefordert. Mit dem Land Schleswig-Holstein wurden Konsolidierungsvereinbarungen getroffen, die finanzielle Unterstützungen und Eigenleistungen regeln. Weitere Einschränkungen betreffen die Qualität der Dienstleistungen der Verwaltung, die inzwischen nach außen spürbar wird.

Um die Handlungsmöglichkeiten der Hansestadt nicht weiter einzuschränken und zukünftige Generationen nicht weiter zu belasten, sind solche Maßnahmen möglichst im akzeptablen Rahmen zu halten, zum Teil aber nicht zu vermeiden.

Lübeck, den 14.03.2017

Bernd Saxe

Bürgermeister der  
Hansestadt Lübeck



## VIII Anlagen

### A Investitionsmaßnahmen

Bezeichnung		2014	über- /außer- planmäßige Mittel	Summe Spalte 2 u. 3	Auszahlun- gen
Produkte	Maßnahmen				
1		2	3	4	5
IT-Architekturmangement/IT-Service	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	750.000	-349.150,00	400.850	743.825,43
Stabsstelle Bilanzen	Finanzsoftware	340.000	-80.000,00	260.000	99.631,22
Buchhaltung und Finanzen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	220.000		220.000	9.163,00
Stadtwerke	Privallwagenfähre/Anleger	2.500.000		2.500.000	2.500.000,00
Flughafen Lübeck GmbH	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen privater Unternehmen	500.000		500.000	0,00
Grundstücksan- und -verkäufe	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	290.000	-20.600,31	269.400	188.906,32
Gefahrenabwehr	Neubau Feuerwache 3	3.400.000		3.400.000	343.276,40
Gefahrenabwehr	Feuerwehrhaus FFW Kücknitz	560.000		560.000	11.404,47
Gefahrenabwehr	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	900.000	-265.000,00	635.000	387.335,00
Gefahrenabwehr	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 150 - 1.000 €	587.000		587.000	354.623,67
Rettungsdienst	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	900.000		900.000	699.721,16
Katastrophenschutz	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	230.000		230.000	0,00
Leitung, Controlling, Dienste FB 4	Burgkloster/UNESCO	235.000		235.000	544.434,88
Grund- u. Regionalschulen	Schule an der Wakenitz	2.500.000		2.500.000	608.670,18
Gymnasien	Ernestinen-Schule/Chemieraum	332.000	160.691,00	492.691	155.865,93
Gymnasien	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 150 - 1.000 €	105.000		105.000	81.300,81
Gemeinschaftsschulen	Akustikdecken in Klassenräumen	125.000		125.000	5.405,70
Gemeinschaftsschulen	Geschw-Prenski-Sch/Erweiterung	400.000		400.000	15.228,24
Gemeinschaftsschulen	HGS/Erweiterung Trakt C	270.000		270.000	7.046,53
Gemeinschaftsschulen	Projekt "Schulen ans Netz"	110.000		110.000	101.611,13
Gemeinschaftsschulen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	146.000		146.000	64.858,40
Gemeinschaftsschulen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 150 - 1.000 €	173.000		173.000	134.446,02
Förderzentren	Projekt "Schulen ans Netz"	100.000		100.000	74.796,24
Berufsschulen	BSZ Dankwartsgrube	1.907.000		1.907.000	1.615.813,07
Berufsschulen	Gew.f.Nahr./Ern. Bistro	300.000		300.000	0,00
Berufsschulen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	155.000		155.000	166.956,79
Berufsschulen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 150 - 1.000 €	151.000		151.000	132.346,99
Förderung des Sports	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen übriger Bereiche	150.000		150.000	148.284,88
Bark Passat/Passathafen	Bark Passat/Ern. Passatbrücke	400.000		400.000	127.272,49
Bark Passat/Passathafen	Bark Passat/Brandschutz	170.000		170.000	23.292,34
Betreuung in Kindertageseinrichtungen	Kita Aug.-Beb./Umbau/Pavillon	150.000		150.000	0,00
Betreuung in Kindertageseinrichtungen	Kita Heiweg/Umbau/Sanierung	500.000		500.000	160.959,82
Betreuung in Kindertageseinrichtungen	Kita Glockengießerstraße/Umbau	150.000		150.000	39.931,74
Betreuung in Kindertageseinrichtungen	Kita Dietrich-Buxtehude/Umbau	630.000	48.739,47	678.739	288.094,54
Betreuung in Kindertageseinrichtungen	Kita Kunterbunt/Umbau	150.000		150.000	86.832,76
Betreuung in Kindertageseinrichtungen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 150 - 1.000 €	120.000	346,52	120.347	145.350,52
Jugendfreizeiteinrichtungen	Burgtor/Jugendkulturcafé	120.000	320,72	120.321	103.421,72



Stadtplanung und -entwicklung	Sanierungsmaßn./Innenstadt	1.996.000		1.996.000	0,00
Stadtplanung und -entwicklung	Soziale Stadt Buntekuh	450.000	67.735,16	517.735	235.068,50
Stadtplanung und -entwicklung	Soziale Stadt Moisling	303.000		303.000	0,00
Aufgabenträgerschaft ÖPNV	Bushaltestellen	100.000		100.000	25.521,09
Aufgabenträgerschaft ÖPNV	Dyn. Fahrgastinformationsanl.	250.000		250.000	0,00
Aufgabenträgerschaft ÖPNV	elektron. Fahrgastdatenerfassung	120.000		120.000	0,00
Gebäudemanagement	Mühlendamm/EEM	150.000		150.000	25.682,00
Gebäudemanagement	Meesenring 7/EEM	805.000	35.000,00	840.000	1.036.392,51
Gebäudemanagement	Germanistenkeller Rathaus	252.000		252.000	246.338,62
Gebäudemanagement	Schule Falkenfeld/GTB/GebMod	150.000		150.000	12.483,10
Gebäudemanagement	C.J.Burckhardt-Gym./EEM/ Aula	300.000	5.723,97	305.724	87.911,97
Gebäudemanagement	Kita Marlistraße/EEM	600.000	269.000,00	869.000	277.878,10
Gebäudemanagement	Mühlenweg Schule/EEM	1.954.000		1.954.000	963.146,42
Gebäudemanagement	Katharinenkirche/UNESCO	990.000		990.000	658.402,56
Gebäudemanagement	Rathaus	165.000		165.000	744.552,64
Gebäudemanagement	A.-Schw.-Schule/Umbau/Erweit.	500.000		500.000	17.169,75
Gebäudemanagement	Fackenburger Allee 27-29	300.000		300.000	0,00
Gebäudemanagement	Marienschule/Umstruk/GebMod	700.000		700.000	28.488,49
Gebäudemanagement	Raumplanung	350.000	-861.000,00	-511.000	74.439,56
Gebäudemanagement	Sicherheitsbel. an Schulen	100.000		100.000	81.311,94
Gebäudemanagement	Baltic-GMS/Umb.betr.GS/GebMod	500.000		500.000	0,00
Gebäudemanagement	B-Schröder-Sch./Umstruk/GebMod	250.000		250.000	0,00
Gebäudemanagement	E-Geibel-Schule/Umstruk/GebMod	300.000		300.000	0,00
Gebäudemanagement	Kita Glockeng./Umstruk/GebMod	100.000		100.000	0,00
Gebäudemanagement	Schule Rangenberg/Brandschutz	400.000		400.000	61.820,94
Gebäudemanagement	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	139.000		139.000	147.065,03
Gebäudemanagement	Hochbaumaßnahmen	100.000	-50.000,00	50.000	72.652,89
Gemeindestraßen	Sanierung von Fahrbahndecken	1.105.000	-40.000,00	1.065.000	1.195.670,00
Gemeindestraßen	Kanalbrücke Oberbüssau	1.450.000		1.450.000	0,00
Gemeindestraßen	Um- und Ausbau von Radwegen	400.000	16.692,11	416.692	257.195,11
Gemeindestraßen	Straßenbrücke Reecke	1.300.000		1.300.000	567.782,81
Gemeindestraßen	Umb. LSA Holstenstr.-Untertrave	100.000		100.000	94.612,90
Gemeindestraßen	Kostenbet. EBL Fehlingstr. 2.BA	275.000		275.000	0,00
Gemeindestraßen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	150.000	25.000,00	175.000	227.344,20
Kreisstraßen	Hafendrehbrücke	1.200.000	1.929,72	1.201.930	1.008.993,72
Kreisstraßen	Siem. Ldstr.Ol. Siems-Herrenmoor	500.000		500.000	34.094,82
Kreisstraßen	Ausbau KP K16/Untertr./Kanalstr	1.850.000		1.850.000	1.334.935,69
Kreisstraßen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	100.000		100.000	125.184,08
Bundesstraßen	Possehlbrücke/Ersatzneubau	3.350.000		3.350.000	541.360,76
Grün- und Landschaftsbau	Grundüberholung Spielplätze	300.000	60.385,81	360.386	177.724,81
Grün- und Landschaftsbau	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	430.000	277.000,00	707.000	926.922,63
Grün- und Landschaftsbau	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 150 - 1.000 €	103.000		103.000	48.029,66
Friedhofs- und Bestattungswesen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	150.000	-237.000,00	-87.000	49.967,12
Wasser und Hafen	Ersatz Transportponton Weberkoppel	200.000		200.000	0,00
Wasser und Hafen	Erneuerung Bohlwerk/Stege Gothmund	150.000		150.000	0,00
Wasser und Hafen	Uferwand Priwallfähr. Nordseite	250.000		250.000	0,00
Wasser und Hafen	Fischaufstiegsanlage Wakenitz	420.000		420.000	25.256,57
Wasser und Hafen	Spülfeld am Stau/Erweiterung	100.000		100.000	4.551,50
Wasser und Hafen	Lagerp. Weberkop./Ersatz Lager	180.000		180.000	9.128,87
Wasser und Hafen	Vorw.Hf. Anleg.4, Ern. Spundw.	500.000		500.000	25.694,77
Wasser und Hafen	Skandinavienkai / Flächenanhebung	900.000		900.000	88.331,38
Wasser und Hafen	Skandinavienkai/Flächenausbau 2. BA	100.000	-100.000,00	0	0,00
Wasser und Hafen	Skandinavienkai / Anleger 5	136.000		136.000	0,00
Wasser und Hafen	Skandikai/Umbau Anleger 8	200.000		200.000	0,00



Wasser und Hafen	Seelandkai / 5. BA, Liegeplatz 4	100.000		100.000	0,00
Wasser und Hafen	Seelandkai/ 6. BA- Liegeplatz 4/ Kaimauer	100.000	-100.000,00	0	0,00
Wasser und Hafen	Schlutupkai I/Flächenerneuerung	150.000		150.000	0,00
Wasser und Hafen	Bhf. Skandikai/Ern.Gleis 21	230.000		230.000	8.605,89
Wasser und Hafen	Vorwerker Hafen/Ern. Gleis 82	170.000		170.000	0,00
Wasser und Hafen	Konstinbhf./Ern.Gleise 4 und 6	400.000		400.000	506.003,87
Wasser und Hafen	Hafenumgehung/BÜ Am Waldsaum	200.000		200.000	0,00
Wasser und Hafen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	133.000		133.000	43.176,14
		<b>50.432.000,00</b>	<b>-1.134.185,83</b>	<b>49.297.814</b>	<b>22.267.001,80</b>

Hinweis:

Aufgelistet sind alle Investitionsmaßnahmen, die im Haushaltsjahr 2014 ein Investitionsvolumen von 100.000 Euro oder mehr ausweisen. Dabei ist es unerheblich, ob die Maßnahmen 2014 fortgesetzt, begonnen oder abschließend umgesetzt worden sind. Aus der Spalte Auszahlungen ist ersichtlich, inwieweit bei den jeweiligen Maßnahmen in 2014 ein Mittelabfluss stattgefunden hat. Sind die Auszahlungen höher als der Planansatz zzgl. bzw. abzgl. über- und außerplanmäßiger Mittel, verfügt die Maßnahme über zusätzliche Haushaltsauszahlungsreste aus Vorjahren und/ oder Sollübertragungen/unechte Deckungen.